



Presseinformation, 06.04.2017

Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Tel: (030) 22 47 63 11
Fax: (030) 22 47 63 12
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

Für eine sichere Zukunft in Berlin – Humanitäres Bleiberecht für Roma gefordert

Anlässlich des Internationalen Tags der Rom*nja am 8. April mahnt der Flüchtlingsrat Berlin die Berliner Landesregierung zur schnellen Umsetzung des Koalitionsvertrages im Hinblick auf eine humanitäre Neuausrichtung ihrer Flüchtlingspolitik. Insbesondere Menschen aus den vermeintlich „sicheren Herkunftsländern“ des Westbalkans, darunter viele Angehörige der Roma-Minderheit, sind noch immer massiv von Abschiebungen betroffen und sollen auch weiterhin regelmäßig zurückgeführt werden.¹

Die Regierungskoalition verspricht in ihrer Koalitionsvereinbarung, dass es „Rückführungen in Regionen, in die Rückführungen aus humanitären Gründen nicht tragbar sind“², unter dem neuen Senat nicht mehr geben würde. Dennoch schiebt Berlin nach wie vor Menschen in die als „sicher“ konstruierten Westbalkanstaaten ab oder zwingt sie zur vermeintlich „freiwilligen Ausreise“, indem ihnen humanitäre Aufenthaltstitel oder aufenthaltsichernde Maßnahmen über Qualifizierung und Beschäftigung systematisch durch Arbeits- und Ausbittungsverbote versagt werden.

Im Koalitionsvertrag wurde Folgendes festgeschrieben:

„Integration braucht ein gesichertes Aufenthaltsrecht. Hierzu sollen die bundesrechtlichen Vorschriften des Aufenthalts- und Asylrechts im landesrechtlichen Vollzug so ausgelegt und angewendet werden, dass sie die Integration erleichtern und Bleibeperspektiven auch in bislang ungelösten Fällen ermöglichen. Die Koalition wird die bestehenden aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für die Legalisierung, Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsrechten nach humanitären Gesichtspunkten ausschöpfen.“³

Die rot-rot-grüne Regierungskoalition ist aufgefordert, den eigenen Anspruch umzusetzen, möglichst vielen Menschen eine sichere Bleibeperspektive zu geben!

Das Instrument der „unterstützten Rückkehr“⁴ und die programmatische Förderung sogenannter „freiwilliger“ Ausreisen lehnt der Flüchtlingsrat als politische Augenwischerei ab. Es ist, ebenso wie die „sicheren Herkunftsstaaten“, ein Konstrukt, das die tatsächlichen Zwänge und Notlagen sowie die Perspektivlosigkeit der ausreisepflichtigen Betroffenen rhetorisch verschleiert.

Es ist hinreichend belegt, dass gerade Angehörige der Roma-Minderheit in den sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ Serbien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Mon-

¹ Dies geht aus mehreren Anfragen zum Thema Abschiebungen des Berliner Abgeordnetenhauses an den aktuellen Senat hervor.

² Koalitionsvereinbarung 2016-2021, S. 113, <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung/>

³ Koalitionsvereinbarung 2016-2021, S. 113, <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung/>

⁴ Koalitionsvereinbarung 2016-2021, S. 113, <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung/>

tenegro Opfer von massiver Diskriminierung, Gewalt und gesellschaftlicher Ausgrenzung sind.⁵ Der Flüchtlingsrat Berlin unterstützt daher auch vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung für den nationalsozialistischen Völkermord an Roma und Sinti in Deutschland und Europa Forderungen nach Kontingentaufnahmen für verfolgte Roma aus „*sicheren Herkunftsländern*“ und die Eröffnung einer Bleiberechtsregelung für alle dort diskriminierten ethnischen Minderheiten.

Der Flüchtlingsrat Berlin fordert:

- Die Regelungen zum stichtagsunabhängigen **Bleiberecht** nach § 25a/b AufenthG für langjährig Geduldete müssen von der Berliner Ausländerbehörde konsequent zu Gunsten der Anspruchsberechtigten umgesetzt werden. Die bisherige restriktive Auslegung verhindert in den meisten Fällen die Erteilung des Aufenthaltstitels.⁶
- Innensenator Geisel ist aufgefordert, die **Entscheidungspraxis in der Berliner Härtefallkommission** grundsätzlich positiv zu verändern und, anders als bisher, Antragstellenden aus dem Westbalkan, insbesondere Rom*nja, vermehrt Aufenthaltstitel nach § 23a AufenthG zu erteilen. Der besonderen historischen Verpflichtung zum Schutz von Angehörigen der europaweit diskriminierten Roma-Minderheit soll bei den Entscheidungen des Innensensors stärker Rechnung getragen werden, indem ihre unter diesen schwierigen Voraussetzungen erbrachten Integrationsleistungen eine positive Würdigung erfahren.
- Der Berliner Senat und der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration setzen der bundesweiten Abschreckungs- und Abschiebekampagne insbesondere gegen Menschen aus Afghanistan und dem Westbalkan eine entschiedene **Botschaft für sichere Bleibeperspektiven** entgegen und informieren durch **massive Aufklärungs- und Beratungsarbeit** zu Möglichkeiten der Aufenthaltssicherung (insbesondere Bleiberechtsregelungen für langjährig Geduldete und gut integrierte Jugendliche, Ausbildungsduldung etc.).
- Statt freiwilliger Ausreisen und Rückkehrberatung fördert der Berliner Senat **Kontingentaufnahmen für verfolgte Roma** aus „*sicheren Herkunftsländern*“ und setzt sich auch bundesweit für einen **Ab-schiebestopp** und nachhaltige Bleiberechtsregelungen ein.
- Der Senat schließt umgehend die speziell für Asylsuchende aus „*sicheren Herkunftsländern*“ und Moldawien genutzte Turnhalle in Alt-Friedrichsfelde und **unterlässt die menschenunwürdige Segregation von vor allem Rom*nja in speziellen Unterkünften für Menschen mit „schlechten Bleibeperspektiven“**. Die Berliner Verwaltungspraxis muss anerkennen, dass Moldawien kein als „*sicher*“ eingestuftes Herkunftsland ist, Diskriminierung und Gewalt gegen Rom*nja sind dort weit verbreitet.

Der Flüchtlingsrat Berlin unterstützt die Aktionen des „Bündnis 8. April“ in Berlin und ruft zur Kundgebung auf:

- Take back the future!

Für einen Abschiebestopp in sogenannte „Sichere Herkunftsstaaten“!

Demonstration, Kundgebung und Protestkonzert „Take back the future“ anlässlich des Internationalen Tags der Rom*nja am 08. April 2017

Zeit: 08.04.2017, um 14 Uhr

Ort: *Beginn der Demonstration: Paul-Löbe-Haus, Bundestag*

anschließende Kundgebung, Aktionen und Protestkonzert, sowie Liveübertragung von Aktionen aus Bremen, Essen, Göttingen und Münster: Brandenburger Tor, Platz des 18. März

<http://www.bundesromaverband.de/8-april-2017-international-roma-day/>

⁵ S. Dokumentationen und Rechercheberichte: http://www.alle-bleiben.info/wp-content/uploads/2014/03/serbien_2013_web.pdf, <http://www.fluechtlingsrat-bremen.de/roma/>

⁶ Zur Unwirksamkeit der Bleiberechtsregelung und Stellungnahme zur Berliner Situation: <http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/bleiberecht.php>